

Mittelfristige WIFO-Prognose: Verhaltene Wirtschaftswachstum bis 2021

Die österreichische Wirtschaft expandiert von 2017 bis 2021 mit +1,5% pro Jahr wieder etwas stärker. Die Investitionsnachfrage entwickelt sich aber weiter verhalten, und die Außenwirtschaft trägt weiterhin nur wenig zum Wirtschaftswachstum bei. Der private Konsum nimmt um 1¼% pro Jahr zu, in erster Linie wegen des Anstieges der verfügbaren Einkommen.

Nach der Schwächephase der Jahre 2012 bis 2015 (BIP real +0,6% p. a.) dürfte das Wirtschaftswachstum wieder etwas an Kraft gewinnen. Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre wird eine BIP-Steigerung um 1,5% pro Jahr erwartet (2012/2016 +0,8% p. a.). Das entspricht dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

Das Trendwachstum dürfte in Österreich 2017 bis 2020 1,3% pro Jahr betragen und damit etwas über dem der letzten Fünfjahresperiode liegen (2012/2016 +1,0% p. a.). Die österreichische Wirtschaft befindet sich aber nach wie vor in einer Phase der konjunkturbedingten Unterauslastung. Die Outputlücke (relative Abweichung des tatsächlichen Outputs vom Trend-Output) dürfte sich erst zum Ende des Prognosehorizonts schließen. Sie verringert sich von -1,2% im Jahr 2015 auf 0,0% im Jahr 2020.

Die realen Exporte werden in den Jahren 2017 bis 2021 voraussichtlich um 2,9% pro Jahr ausgeweitet, um gut ¾ Prozentpunkte stärker als in der vorangegangenen Fünfjahresperiode. Dem Trend der letzten Jahre folgend, wird sich die internationale Marktposition der österreichischen Exportwirtschaft weiter verschlechtern. Da die Importe etwas schwächer zunehmen als die Exporte, wird der Außenhandel weiterhin einen kleinen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden trotz günstiger Finanzierungsbedingungen auch in den nächsten Jahren nur wenig ausgeweitet (+2,2% p. a), da die Absatzerwartungen im In- und Ausland nicht günstig sind. Das Bevölkerungswachstum und der damit verbundene Anstieg der Zahl der privaten Haushalte sowie die hohen Immobilienpreise sollten die privaten Wohnbauinvestitionen stützen. Dem steht ein durch den Spardruck der öffentlichen Haushalte getriebener mittelfristiger Ausblick für den Tiefbau gegenüber. Die gesamte Bautätigkeit entwickelt sich daher nur mäßig (2017/2021 +1½% p. a.).

Das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte wächst im Prognosezeitraum mit +1,1% pro Jahr um ¾ Prozentpunkte stärker als im Durchschnitt 2012/2016. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuertarife, die mit 1. Jänner 2016 in Kraft getreten ist. Weiters dürften die Bruttolohneinkommen wieder zunehmen (pro Kopf real 2017/2021 +¼%). Auch die Selbständigeneinkommen dürften sich günstig

entwickeln (Bruttobetriebsüberschuss 2017/2021 +3¼%). Der Anreiz zu sparen ist im Sektor der privaten Haushalte wegen des niedrigen Zinsniveaus weiter gering. Der angenommene leichte Anstieg der Sparquote auf 7½% im Durchschnitt des Prognosezeitraumes ist in erster Linie der unsicheren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zuzuschreiben. Der private Konsum dürfte 2017/2021 real um 1¼% pro Jahr gesteigert werden (2012/2016 +0,3%).

Obwohl die Zahl der Beschäftigten weiter steigt, ist keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten: Die Beschäftigung (+1,0% im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021) wächst schwächer als das Arbeitskräfteangebot (+1,1% p. a.). Die Arbeitslosenquote liegt zum Ende des Prognosezeitraumes bei 9,7%.

Die Bruttoreallöhne pro Kopf steigen jährlich um 0,2%. Damit bleibt die Entwicklung der Real-löhne leicht hinter jener der Arbeitsproduktivität zurück und sollte keinen inflationstreibenden Effekt entfalten. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten erhöhen sich 2017/2021 um 1,6% pro Jahr.

Im Umfeld aus (leicht) steigenden Preisen von Mineralölprodukten (diese dämpften 2013/2016 die Inflationsrate um 0,2 bis 0,6 Prozentpunkte) sollte sich der Preisauftrieb wieder verstärken. Für die Periode 2017/2021 wird mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 1¼% gerechnet. Der seit 2011 beträchtliche Inflationsvorsprung gegenüber Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes sollte sich merklich verringern.

Das Wachstum der Staatsausgaben wird im Durchschnitt der Jahre 2017/2021 mit 2,7% angenommen. Dabei wird unterstellt, dass Bund, Länder und Gemeinden ihre Konsolidierungsanstrengungen fortsetzen und die Verwaltungsausgaben und Förderungen nur mäßig ausweiten. Die Prognose berücksichtigt Ausgaben aufgrund der Flüchtlingsmigration von jährlich rund 2¼ Mrd. €. Über den Prognosehorizont ändert sich jedoch die Zusammensetzung der Ausgaben: Die Ausgaben für die Grundversorgung für zum Verfahren zugelassene Asylsuchende nehmen ab, die Ausgaben (überwiegend aus der Mindestsicherung) für anerkannte Asylberechtigte wird hingegen zunehmen. Zur Entlastung des Staatshaushaltes tragen weiterhin niedrige Zinsausgaben bei.

Die Staatseinnahmen werden trotz der Steuerreform 2016 um durchschnittlich 3,2% pro Jahr zunehmen. Hauptgrund ist die progressionsbedingte Dynamik der Lohnsteuereinnahmen, da bisher keine gesetzliche Grundlage vorliegt und daher keine Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen der kalten Progression angenommen wurden.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte lag 2015 bei 1,0% des BIP. Aufgrund der Steuerreform und der Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration wird sich das Haushaltsdefizit im Jahr 2016 auf voraussichtlich 1,6% des BIP verschlechtern. Ab 2017 wird eine stetige, aber langsame Verringerung des Defizits erwartet. Zum Ende des Prognosezeitraumes wird ein negativer öffentlicher Haushaltssaldo von 0,4% des BIP prognostiziert.

Nach einem strukturellen Überschuss von +0,2% des BIP 2015 wird der strukturelle Saldo 2016 auf -1,1% drehen und 2017 und 2018 voraussichtlich auf diesem Niveau verharren. Erst ab 2019 ergibt sich eine schrittweise Verbesserung des strukturellen Saldos (2020 -0,7% des BIP).

Das Ziel eines strukturellen Nulldefizits dürfte frühestens zum Ende des Prognosehorizonts zu erreichen sein. Die Staatsschuld wird von 85,5% des BIP 2015 um rund 10 Prozentpunkte auf 75,3% im Jahr 2021 sinken.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	Ø 2016/ 2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6
Nominell	+ 3,0	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,6
Verbraucherpreise	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9
BIP-Deflator	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,4
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
	Ø 2007/ 2011	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	4,7	5,5	6,2	6,0	6,1	6,2	6,2	6,2	6,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	6,6	8,2	9,7	9,2	9,4	9,6	9,8	9,8	9,7
	In % des BIP								
Außenbeitrag, real	0,2	0,1	0,2	- 0,4	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 3,1	- 1,8	- 1,0	- 1,6	- 1,5	- 1,3	- 1,0	- 0,7	- 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 3,1	- 1,4	- 1,1 ⁷⁾	- 1,3	- 1,3	- 1,2	- 1,0	- 0,7	-
Struktureller Budgetsaldo	- 3,0	- 0,9	- 0,9 ⁷⁾	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 0,9	- 0,7	-
Staatsschuld	75,9	83,4	79,1	83,7	82,1	81,0	79,4	77,6	75,3
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	10,5	7,7	7,4	7,5	7,6	7,5	7,4	7,3	7,1
	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	Ø 2016/ 2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Jährliche Veränderung in %								
Trend-Output, real	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3 ⁸⁾	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	-
	Ø 2007/ 2011	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	In % des Trend-Outputs								
Outputlücke, real	+ 0,1	- 0,7	- 0,1 ⁷⁾	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	± 0,0	-

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – 7) Ø 2017/2020. – 8) Ø 2016/2020.

Wien, am 28. Oktober 2016

Rückfragen bitte am 31. Oktober 2016 zwischen 10 und 16 Uhr an
Dr. Josef Baumgartner, Tel. (1) 798 26 01/230, Josef.Baumgartner@wifo.ac.at und
Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski, Tel. (1) 798 26 01/231, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at

Für Detailfragen zum öffentlichen Sektor wenden sie sich bitte auch an
apl. Prof. Dr. Hans Pitlik, Tel. (1) 798 26 01/240, Hans.Pitlik@wifo.ac.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 10/2016
(<http://monatsberichte.wifo.ac.at/59078>)